

Frischer Wind in der Regierung - komplexe Mehrheitsverhältnisse im Parlament

Autor(en): Christof Wamister

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1992

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/554e8d6c-1341-4bcf-b63a-cc7feceac0f0>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Christof Wamister

Frischer Wind in der Regierung – komplexe Mehrheitsverhältnisse im Parlament

Die Gesamterneuerung der politischen Behörden

Im Herbst 1991 und im Winter 1992 erneuerten die Baslerinnen und Basler ihre politische Vertretung im Bund, das Kantonsparlament und die Zusammensetzung der Regierung. Aufgrund des verzahnten politischen Systems der Schweiz, das abrupte Neuerungen oder Umwälzungen praktisch verhindert, vermögen Wahlen nie in dem Ausmass die Massen zu mobilisieren, wie sie das im Ausland tun. Deshalb ist es nicht erstaunlich, dass wichtige Sachabstimmungen oft höhere Stimmbeteiligungen erzielen als zum Beispiel die eidgenössischen Wahlen. Die Stimmbeteiligung von 44,7 Prozent, die in Basel-Stadt am 20. Oktober erzielt wurde, war daher Anlass zu relativer Zufriedenheit. Es gingen auch schon wesentlich weniger Stimmberechtigte zur Urne. Wahlen vermögen offenbar nicht viel mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten zu interessieren. Aus verschiedenen Gründen verharret die andere Hälfte gegenüber dem politischen Geschehen in Gleichgültigkeit. Misstrauen oder Überforderung können als weitere Gründe vermutet werden. Auf das Wahlresultat hat die Stimmmverweigerung aber nur eine Wirkung: Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen. Aus ihrer Reserve wären die Verweigerer wohl nur zu locken, wenn sie zur Überzeugung kämen, dass es um ihre Existenz geht, zum Beispiel bei einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Davon war in der Zeit seit 1945 aber nie die Rede.

Dass kantonale Anliegen den Stimmbürgern noch etwas näher liegen, ist an der Wahlbeteiligung vom 19. Januar 1992 abzulesen: 47,1 Prozent. Der spannende zweite Wahlgang für die Regierungsratswahlen mobilisierte gar 52,8 Prozent.

Nationalräte – zur Hälfte neu

Neben ihrer eigentlichen Aufgabe, die personelle Zusammensetzung der Vertretung im Nationalrat zu bestimmen, kommt den Basler Nationalratswahlen immer auch die Funktion einer Testwahl für die bevorstehenden kantonalen Ausmarchungen zu. Das Personelle ist rasch erzählt: Die Bisherigen Helmut Hubacher (SP), Paul Wyss (FDP) und Hansjörg Weder (LdU) wurden wiedergewählt. Den zweiten SP-Sitz eroberte mit Margrith von Felten eine Vertreterin des feministischen Flügels. Diese erste Überraschung zeigt, dass in Basel eine politisch engagierte Frauenbewegung entstanden ist, die ihre Stimmen sehr bewusst abgibt. An dritter Stelle auf der SP-Liste rangiert mit nur 30 Stimmen Rückstand ebenfalls eine Frau, die ehemalige Grossratspräsidentin Monika Schib Stirnimann. Erster Nachrückender bei den Freisinnigen ist Stefan Cornaz, wie Paul Wyss ebenfalls Mitarbeiter der Handelskammer. Die Progressiven verloren ihren Sitz, der vom nachrückenden Thomas Baerlocher innegehalten wurde, an die Bürgerlichen. Hugo Wick (CVP) kehrte nach vierjähriger Pause nach Bern zurück, und die Liberalen vermochten mit Christoph Eymann ihren Sitz zu halten, der vor vier Jahren durch Martin Burckhardt zurückerobert worden war. Das Pendel schlug damit klar für die Bürgerlichen aus. FDP, CVP und LDP vermochten gegenüber 1987 (33,5%) ihren Wähleranteil auf 39,5 Prozent steigern. Die linke Listenverbindung aus SP, POB und Neuer PdA schrumpfte dagegen von 38,6 auf 34,5 Prozent. Zur Absicherung ihres Nationalratsstitzes hatte sich der Landesring mit der VEW und den Grü-

nen zusammengetan; sie erzielten zusammen 15,1 Prozent. Zählt man bei den Bürgerlichen die Resultate vom rechten Rand des Spektrums (SVP, UVP/SD und Volksaktion) hinzu und fasst man die linken und die mitte-links-grünen Prozentzahlen zusammen, so ergeben sich daraus zwei fast gleich starke Blöcke: 47,6 Prozent rechts gegen 50,7 Prozent links-grün. Dieser Befund ist allerdings mit Vorsicht zu geniessen: Die Konstruktion von Blöcken ist immer problematisch; die Evangelischen Wähler (VEW) lassen sich zum Beispiel nicht ohne weiteres dem links-grünen Lager zuordnen. Und den Bürgerlichen ist eine Unterstützung aus dem Lager der Überfremdungsgegner nicht immer sympathisch. Ihr Erfolg bei den Nationalratswahlen kam in erster Linie aus eigenen Kräften zustande. Damit zeichnete sich ein Trend für die kantonalen Wahlen ab. Die Sozialdemokraten schlossen dagegen noch schlechter ab als vor vier Jahren. In den 25,3 Prozent der Stimmen wirkt immer noch die Abspaltung der DSP nach. Bemerkenswert ist der Erfolg der FDP; sie konnte sich von 11,2 auf 15,8% der Stimmen verbessern. Es ist das beste Resultat seit 1967 (16,8%). Sie begründeten ihren Erfolg mit geschlossenem Auftreten und guter Propagandaarbeit. Die Kopp- und Staatsschutzaffären auf schweizerischer Ebene vermochten ihnen nichts anzuhaben – im Gegenteil. Umgekehrt vermochten die Sozialdemokraten die breite Masse mit solchen Argumenten nicht in genügendem Ausmass anzusprechen. Weitere Einbussen bei den Sozialdemokraten und Progressiven dürften auf das ramponierte Ansehen des Sozialismus weltweit zurückzuführen sein. Lin-

ke Globallösungen haben versagt. Mehr oder weniger überzeugende Konzepte zu Bereichen wie Umwelt, Sozialpolitik, persönliche Freiheit vermögen das fehlende Dach nicht zu ersetzen.

Ständerat – Personenwahl

Klarer konnten die Verhältnisse bei der Ständeratswahl nicht sein. Um den Sitz des zurückgetretenen Sozialdemokraten Carl Miville bewarben sich der liberale Versicherungsdirektor Ueli Vischer und der sozialdemokratische Physikprofessor Gian-Reto Plattner. Die FDP als stärkste bürgerliche Partei hatte der LDP bei der Nomination den Vortritt gelassen. Unbestritten war auch die Nomination von Plattner, der zu Beginn als klarer Favorit galt. Plattner ist ein Sozialdemokrat der neuen Schule, der sich vor allem in der kantonalen Umweltpolitik profiliert hat. Trotz seines intellektuellen Habitus ist er ein glänzender Debatter und – wenn es sein muss – auch Polemiker. Vischer hatte sich als Grossratspräsident Respekt verschafft, galt aber als Wirtschaftsvertreter, was nicht unbedingt Popularität in breiten Kreisen verschafft. Mit einer auffallenden Propagandakampagne wurde deshalb versucht, ihn näher an das Volk heranzuführen. Der Wahlkampf war äusserst heftig. Beide Seiten übten sich in Tricks, die nicht über alle Zweifel erhaben waren. Plattner wurde in einem Schreiben des Wirtschafts- und Sozialdepartementes an die AHV-Ergänzungsleistungsbezüger in positivem Kontext erwähnt. In Leserbriefen aus dem bürgerlichen Lager wurde auf das Privatleben Plattners angespielt. Nach dem ersten Wahlgang führte Plattner mit rund 3500 Stimmen Abstand. Das reichte nicht zur Wahl, und es war weniger, als er erwartet hatte. Über 3000 Stimmen gingen an den Rechtsausen Eric Weber, dem im zweiten Wahlgang eine verhängnisvolle Schlüsselrolle zufiel. Plattner beging den Fehler, einen Brief von Weber allzu freundlich zu beantworten. Aus gewissen Formulierungen konnte geschlossen werden, dass Plattner nichts gegen einen Wahlaufuf Webers zu seinen Gunsten einzuwenden hätte. Dieser Brief fand natürlich seinen Weg in die Medien, und Plattner war in der Folge mit Schadensbegrenzung voll beschäftigt. Als hätte er je Sympathien dafür empfunden, musste er sich ausdrücklich vom rechtsextremen Treiben Webers

Parteistärken Nationalratswahlen

FDP	15,8%	1 Sitz
LDP	13,3	1 Sitz
CVP	10,4	1 Sitz
VEW	3,3	
SP	25,3	2 Sitze
LdU	7,4	1 Sitz
POB	7,8	
SD/UVP	3,2	
VA	2,9	
GP	4,4	
PdA 1944	1,1	
NPdA	1,4	
SVP	2,0	

distanzieren. Die Affäre hinterliess deutliche Spuren im Resultat des zweiten Wahlgangs. Die Bürgerlichen konnten voll mobilisieren, während die Plattner-Wähler des ersten Wahlgangs verunsichert waren. Plattner siegte nur noch mit 34 Stimmen Vorsprung. Eine vom Regierungsrat angeordnete Nachzählung ergab den selben Abstand, auch wenn noch einige Stimmen für beide Kandidaten gefunden wurden. Gian-Reto Plattner konnte seinen Sitz in der kleinen sozialdemokratischen Ständeratsfraktion erst im neuen Jahr einnehmen. Dass der extrem knappe Volksentscheid letzten Endes doch weise war, sollte sich aber erst nach dem ersten Wahlgang der Regierungsratswahlen erweisen. Nach kurzer Pause nahm der baselstädtische Wahlthriller seinen Fortgang.

Grossratswahlen: akzentuierte Mehrheiten

Zu den Grossratswahlen traten die Parteien mit teilweise modifizierten Listenverbindungen an. Die bürgerliche Zusammenarbeit von FDP, LDP und CVP blieb dieselbe. Die Sozialdemokraten formierten mit den Progressiven, der erstmals angetretenen Frauenliste und zwei «Jugendgruppen» eine linke Gemeinschaft. Die VEW dagegen marschierte für sich allein und überliess die Listenverbindung dem Landesring und der Grünen Partei, die sich schon vor den Nationalratswahlen aus drei grünen Kleinparteien gebildet hatte. Die Unabhängige Volkspartei (jetzt: Schweizer Demokraten) schloss sich mit der Autopartei zu einem Zweckbündnis zusammen, das nach den Wahlen auch als Fraktionsgemeinschaft weitergeführt wird. Auf den insgesamt 24 Listen waren auch wieder eine Menge von mehr oder weniger ernstgemeinten Kleinst-Wahlvereinen zu finden; für die einen ein Ärgernis, dem mit einer Sperrklausel zu begegnen sei, für die andern eine unvermeidliche Folge der Demokratie und des Proporzsystems.

Nicht zuletzt wegen der Amtszeitbeschränkung wurden 46 Frauen und Männer neu in den Grossen Rat gewählt. Der Frauenanteil liegt jetzt bei nicht ganz 30 Prozent. Die übrigen statistischen Daten veränderten sich nicht gross. Der Altersdurchschnitt senkte sich ganz leicht auf 48,2 Jahre. Ein Zehntel der Parlamentarier steht im Pensionierungsalter. Da die neuen Grossräte

Parteistärken Grossratswahlen

FDP	15,1 %	21 Sitze
LDP	12,5	17
CVP	10,3	15
VEW	5,8	6
SP	20,7	32
LdU	2,5	3
POB	5,1	6
SD	5,5	8
DSP	7,8	10
FRAB	4,0	5
GP	3,5	3
AP	2,6	3
PdA	1,3	1

erstmalig ihre Interessenbindungen offenlegen mussten, erlaubt dies eine detaillierte Analyse ihres Hintergrundes.

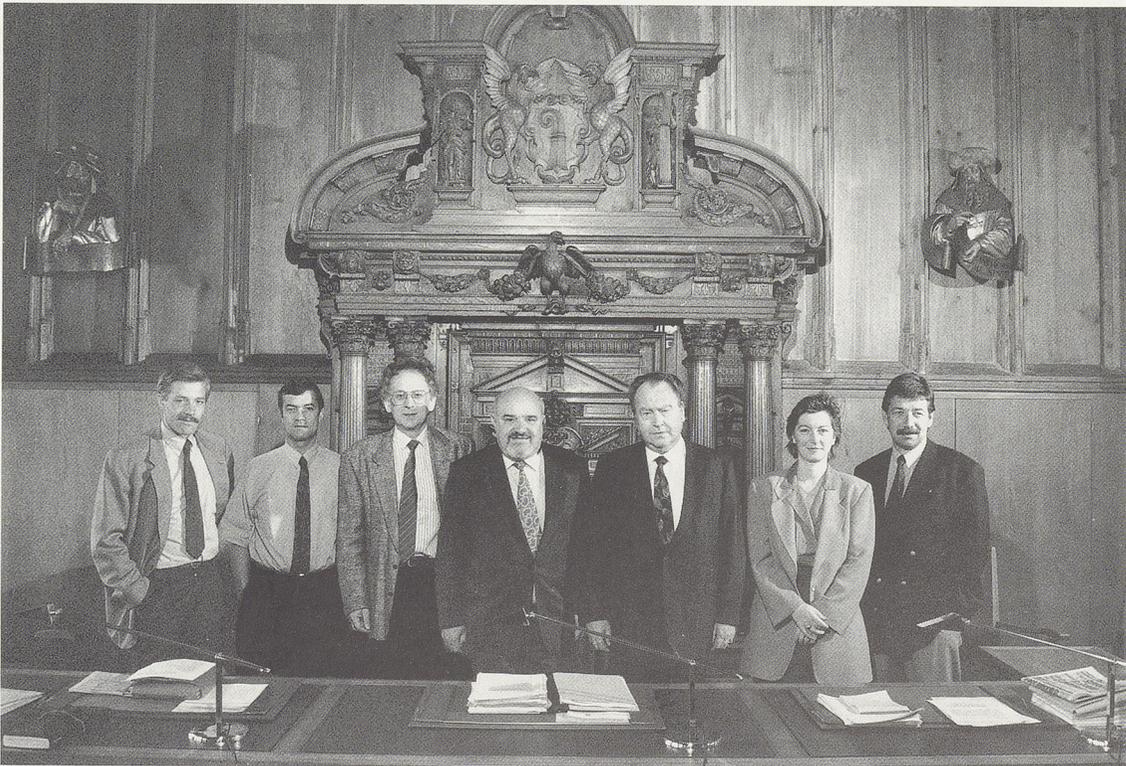
Zuwachs für die grossen Blöcke, Verluste für die kleineren Parteien in der Mitte: So lassen sich die politischen Resultate der Grossratswahlen auf den kürzesten Nenner bringen. Bürgerblock und Linke gewannen je vier Sitze. Bei den Bürgerlichen war dies der FDP und der LDP zu verdanken, bei den Linken ausschliesslich der SP, die fünf Sitze hinzugewann. Mit ihrer aktuellen Parteistärke liegt sie aber noch weit von den Zahlen vor 1980 entfernt. Die Progressiven mussten eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Sie verloren ihre Sitze an die Frauenliste (FRAB), die mit einer originellen Kampagne und pointierten Ideen auffiel. Eine Fraktionsgemeinschaft mit den Progressiven lehnten die Frauen in der Folge ab, sie dürfen aber dem linken Lager zugerechnet werden. Verluste erlitten auch der Landesring, die Grünen und die VEW, die als Gruppierungen links von der Mitte eingestuft werden können. Die DSP liessen sich von diesem Strom nicht mitreissen und legten noch um einen Sitz zu. Die Verluste der SD/UVP wurden durch drei Sitzgewinne der Autopartei wettgemacht.

Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Grossen Rat haben sich somit nicht grundsätzlich geändert, sondern nur verdeutlicht. Wenn es um Fragen der Ökologie, der öffentlichen Sicherheit und der grundsätzlichen Staatspolitik geht, dominiert eine Mehrheit aus Bürgerlichen, DSP, SD und Autopartei. Ein links-grünes Bündnis ist da klar in der Minderheit. In den sozialpolitischen Fragen können sich dagegen die Bür-



Die alte Regie-
rung...

◁



... und die neue.

◁

gerlichen allein, eventuell im Bündnis mit SD und AP, gegen die grosse Links/Mitte-Links-Koalition nicht durchsetzen. Es ist anzunehmen, dass dann auch die CVP in solchen Fällen nicht geschlossen auf dem Kurs der Freisinnigen und Liberalen marschiert. Im Detail wird dies dann alles noch viel komplizierter sein. Auch bei anderen Parteien werden die Fronten je nach Thema quer durch die Fraktionen gehen. Die Stunde der Wahrheit wird kommen, wenn die Finanzmisere Verteilungskämpfe unausweichlich macht.

Verjüngungsschub in der Regierung

Die Erneuerung der Regierung war durch mehrere Überraschungen gekennzeichnet. Ein Jahr vorher schien die Ausgangslage klar. Baudirektor Eugen Keller (CVP) und Finanzdirektor Kurt Jenny (FDP) traten nach je zwanzigjähriger Tätigkeit zurück. Das Interesse konzentrierte sich vorerst auf die Ersatznominierungen in beiden Parteien. Bei der CVP wurde mit einer Stimme Vorsprung Christoph Stutz, Grossrat und Direktor des Claraspitals, nominiert. Die FDP entschied sich für Jörg Schild, den Chef der eidgenössischen Drogenfahndungsbehörde. Im Gegensatz zu Stutz war Schild in Basel politisch ein unbeschriebenes Blatt. Dass die SP mit der Gewerkschaftssekretärin Veronica Schaller erneut den Anspruch auf einen dritten Sitz in der Regierung erhob, war dagegen keine Überraschung. Was sich in den letzten Jahren abgezeichnet hatte, bestätigte sich dann im Resultat des ersten Wahlganges. Die Stimmbürger wünschten sich eine jüngere und dynamischere Regierung. Bei aller Korrektheit in der Amtsführung empfand man die Leistungen der bisherigen Regierung immer mehr durch eine gewisse kleinmütige Handlungsschwäche gekennzeichnet. Vor allem prägten die nach aussen dringenden Signale von inneren Zerwürfnissen das negative Bild. Karl Schnyder und Hansruedi Striebel wurden zwar im ersten Wahlgang wiedergewählt, erzielten aber nur mässige Resultate. Glatt überrundet wurden sie von Christoph Stutz und Jörg Schild, die damit ungeheure Vorschusslorbeeren erhielten. Dass Veronica Schaller mehr Stimmen erzielte als Remo Gysin, wurde allgemein als Omen für den zweiten Wahlgang betrachtet. Gysin erhielt

seine schlechten Zensuren weniger für seine Leistungen im Sanitätsdepartement als vielmehr für sein kompromissloses, manchmal fast starrköpfiges Politisieren. Die Wähler bekundeten damit ihre Zustimmung zum traditionellen Kollegialprinzip in der Regierung. Peter Facklam (LDP), der allgemein als einer der Hauptkontrahenten Gysins betrachtet wurde, blieb ebenfalls unter dem absoluten Mehr. Die von ihm vertretene Drogenpolitik kostete im bürgerlichen Lager Sympathien. Dass sie sich in den Grundzügen als richtig erwiesen hat, änderte an der Sachlage nichts. Facklam entschloss sich zu einem erstaunlichen und vieldiskutierten Schritt: Er teilte seinen Rücktritt mit und öffnete den Weg für die Nomination von Ueli Vischer, der sich damit kurzfristig für einen Berufswechsel entscheiden musste. Als Ständerat wäre er dafür wohl kaum zur Verfügung gestanden. Die Sozialdemokraten waren auf diesen Überraschungszug, der vor dem ersten Wahlgang wohl nicht viel mehr als ein Gedankenspiel war, nicht gefasst. Das Risiko, einen bisherigen Regierungsrat durch die Nomination einer profilierten Frau zu gefährden, musste ihnen aber von Anfang an bewusst sein. Dass sie es in Kauf nahmen, um der ersten Frau in der Basler Regierung zum Durchbruch zu verhelfen, darf der SP positiv angerechnet werden.

Der zweite Wahlgang bestätigte den Trend zu den jungen «Hoffnungsträgern»: Vischer erzielte am meisten Stimmen, gefolgt von Schaller und dem Bisherigen Mathias Feldges. Gysin fiel als Überzähliger aus der Wahl. Auf einen Schlag hatte Basel eine Regierung mit einer 4:3-Mehrheit von Unter-Fünzigjährigen. Sie steht unter einem beträchtlichen Erwartungsdruck. Man erwartet von ihr fast Wunder: Lösungen für die Finanzkrise, eine Entbürokratisierung und Beschleunigung der Entscheidungsabläufe. Wie weit sie über die Sachzwänge triumphieren kann, hängt in grossem Ausmass auch vom Grossen Rat und den Stimmbürgern ab. Ganz zu schweigen von den Randbedingungen, die ausserhalb der engen Kantons Grenzen liegen. Die Sympathien, welche die neue Regierung bei ihrem Start begleiteten, sind aber zweifellos ein Kapital, das gewinnbringend angelegt werden kann.